

Medieninformation

Sächsisches Staatsministerium für Infrastruktur und
Landesentwicklung

Ihre Ansprechpartnerin
Annegret Fischer

Durchwahl
Telefon +49 351 564 50021

medien@smil.sachsen.de*

20.03.2026

Sachsens Verkehrsministerin fordert nach EuGH-Urteil zu Trassenpreisen rasch Klarheit für Schienenpersonennahverkehr

Kraushaar: »Es braucht vom Bund eine tragfähige Lösung – im Sinne der Fahrgäste und des Zugangebotes«

Der Europäische Gerichtshof hat die deutsche Regelung zum Preisdeckel für Trassenentgelte im Schienenpersonennahverkehr für nicht mit EU-Recht vereinbar erklärt. Damit wächst der Druck, die finanziellen Folgen für den Regionalverkehr schnell zu klären und bundesweit zusätzliche Belastungen für Verkehrsunternehmen, mögliche Angebotskürzungen und weiteren Preisdruck abzuwenden.

Die Sächsische Staatsministerin für Infrastruktur und Landesentwicklung, **Regina Kraushaar**, erklärt dazu:

»Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs schafft Handlungsdruck. Jetzt kommt es darauf an, sehr schnell Klarheit über die finanziellen Folgen für den Schienenpersonennahverkehr zu schaffen.

Gerade für ein Flächenland wie Sachsen ist ein verlässlicher Schienenpersonennahverkehr von zentraler Bedeutung. Viele Menschen sind auf gute Verbindungen angewiesen – im Berufsverkehr ebenso wie im ländlichen Raum, wo Alternativen oft begrenzt sind.

Deshalb erwarte ich, dass der Bund kurzfristig eine tragfähige Lösung vorlegt. Mehrkosten, die aus diesem Urteil resultieren, dürfen nicht einfach bei den Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen – und im Zweifel bei den Kunden – hängenbleiben. Wir brauchen jetzt Planungssicherheit statt neuer Unsicherheit im System.

Für Sachsen gilt: Wir wollen ein stabiles und bezahlbares Angebot auf der Schiene. Angebotskürzungen oder zusätzliche Belastungen für Fahrgäste dürfen nicht die Folge ungeklärter Finanzierungsfragen sein.«

Hausanschrift:
**Sächsisches Staatsministerium
für Infrastruktur und
Landesentwicklung**
Archivstr. 1
01097 Dresden

<https://www.smil.sachsen.de/>

* Kein Zugang für verschlüsselte elektronische Dokumente. Zugang für qualifiziert elektronisch signierte Dokumente nur unter den auf www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html vermerkten Voraussetzungen.

Das Thema wird in der kommenden Woche auch die Verkehrsministerkonferenz beschäftigen. Die für Verkehr zuständigen Ministerinnen und Minister und Senatorinnen und Senatoren der Länder werden auf ihrer Frühjahrskonferenz am 25. und 26. März in Lindau die Auswirkungen des Urteils und mögliche weitere Schritte mit Blick auf die Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs beraten.